Einzel-Nr.: 20 Pfennig

Heute mit Bilder-Kurier

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis einschl. Bilder- u. Kinder-Kurier durch die Post in Deutschland monatlich 3.50 Mk. Bestellgeld, extr. Ausland 6 Mk. einschl. Porto. Erscheint tägl. morg. Höh. Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftl., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811. Fernspr. 17000-17002); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 24 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Pfennig. Familienanzeigen, Privatanzeigen mm-Zeile sechs Pfennig. — Gelegenheitsanz., Stellengesuche, Reklamezeilen, Rabatte usw. nach Tarif. Für komb. Verbr. mit N. Z. Z. Sonderbedingungen. Platz- u. Datenvorschrift. unverbindl. Erfüllungsort u. Gerichtsstand Leipzig (Amtsger. Leipzig). Postscheck-Kto. Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nr. 212 Leipziger Schriftleitung: Johannisgasse 8 (Fernsprecher 70811); Berliner Schriftleitung: Kurfürstendamm 232, Tel. Steinplatz 4101 u. 9033 — Sonntag, den 2. August 1925 — Dresdner Schriftleitung: Dresden-A., Sidonienstr. 3, Fernsprecher 25705 — 119. Jahrg.

Nach elf Jahren

H N Leipzig, 1. August.

Es stehen gegenwärtig in der Welt einige hunderttausend Soldaten mehr unter Waffen als vor Ausbruch der Kriegskatastrophe, der sich in diesen Tagen jährt. In den Budgets der Staaten sind trotz drückender Schuldenlasten die Ausgaben für Rüstung und Heer um das Vielfache gestiegen. Das Flottenbauprogramm Englands erfordert unter dem Druck der Admiralität immer neue Mittel. An zwei Stellen dieses Planeten sind kriegerische Verwicklungen ausgebrochen, die bei der Verbundenheit der Weltpolitik auch deutsche Interessen sehr stark berühren. Die chinesischen Sorgen Englands sind, wie Pariser Blätter melden, augenblicklich Gegenstand von Abmachungen zwischen der englischen und französischen Regierung; Frankreich bietet England Unterstützung in China an und sichert sich dafür im Austausch Englands Zustimmung zur französischen Garantiepolitik an der Weichsel. Und mitten in Europa ein 60-Millionen-Reich, dessen Ostgrenze von Haß und Unverstand gezogen wurde. Das sind nur einige Tatsachen, deren Summierung die europäische Situation von heute ergibt. Man könnte sie geradezu zahlenmäßig und schematisch darstellen. Man brauchte nur die Zahl der schweren Batterien von 1914 neben die von 1925 zu setzen. Das Plus besagt fast alles. Man müßte noch die Tanks, Giftgasbomben, Flugzeuggeschwader und all die neuen Apparate der Zerstörung hinzunehmen, die es bei Ausbruch des Weltkriegs noch gar nicht gab, und man müßte schließlich feststellen, der wievielte Teil der Volksvermögen in den Arsenalen und Kasernen investiert ist.

Was ist dieser lauernden Mechanik, zu deren Auslösung es nur eines leisen Druckes bedarf, als geistiges Aktivum entgegenzustellen? Allenfalls die Abrüstungskonferenz, die Coolidge zum Frühjahr einberufen will. Wenn Amerika die Druckmittel, die es kraft seiner finanziellen Machtstellung als Gläubiger der Alten Welt in der Hand hat, auszunützen versteht, könnte ein Entwaffnungsprogramm zustande kommen, das viel zur Beruhigung Europas beitrüge. Auch das ist höchst charakteristisch für den fast völligen Stillstand politischer Bewegung, für die Erstarrung im Mechanischen, daß heute, elf Jahre nach Weltkriegsausbruch, die zu Tode gehetzte Abrüstungsfrage noch immer eine der europäischen Hauptsorgen ist. Man ist noch nicht darüber hinaus, und man wird niemals darüber hinwegkommen, solange es stehende Heere gibt. Es ist nun einmal so, ein noch so gut behütetes Dynamitlager taugt nicht in einer menschlichen Wohnstätte. Allerdings mit der schönen Bertha-Suttner-Gesinnung, mit dem Ruf „Die Waffen nieder!" ist gar nichts getan. Es gilt, den Zivilgeist in Europa zu stärken, ihn fähig zu machen, jene Mächte zu bekämpfen, die am Krieg ein natürliches Interesse haben. Das ist eine Frage der inneren Politik; sobald es in den Parlamenten Majoritäten gibt, die keinen Pfennig für Rüstungszwecke bewilligen, ist mehr erreicht, als Abrüstungskonferenzen je erreichen können, deren Beschlüsse ja doch nur zerreißbares Papier sind. Es ist Sache der Wähler, die heutigen Mehrheiten in den Sieger-Parlamenten, die jedem Rüstungskredit zustimmen, zu beseitigen. Denn der Wähler zuletzt fühlt — sollte er das in den wenigen Jahren schon vergessen haben? — die Folgen der weltpolitischen Vorgänge als höchst persönliches Schicksal.

Es gibt in Europa zuviel große und kleine Sieger, denen glauben gemacht wird, man könne ihnen den Sieg wieder streitig machen. Auch der Hinweis auf die Notwendigkeit, die bedrohte Zivilisation in Kolonialgebieten und Interessensphären anderer Kontinente zu schützen, ist, ein beliebter Vorwand, die kriegerische Vorbereitung in Atem zu halten. Nur so erklärt sich die psychologische Ungeheuerlichkeit, daß nach den Erfahrungen des Krieges und trotz des ziemlich genauen Bildes, das man sich von einem kommenden europäischen Krieg machen kann, die Rüstungsforderungen eine Mehrheit der Volksvertreter finden. Man leistet sich eine kostspielige Feuerwehr, die viel eher geeignet ist, einen Brand hervorzurufen, als ihn zu verhindern. Und gegen diesen Brand schließt man ein verwickeltes System von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen ab, Garantie- und Sicherheitspakte, und krönt schließlich — wie groß muß doch die Angst vor einer neuen europäischen Katastrophe sein! — das Ganze mit einem höchsten Gerichtshof, dem Völkerbund. Uns dünkt, man könnte die Sicherheit einfacher haben.

Elf Jahre nach dem Weltkrieg ist die europäische Situation um nichts befestigter und befriedigter als vordem. Das Recht auf eigenes Leben, das einige Nationen erhielten, geht auf Kosten der beiden deutschen Staaten in der Mitte Europas, denen man dieses Recht verkümmert. Im Grunde genommen ist dieses Unrecht die Quelle der europäischen Unruhe. Man müßte den großen und kleinen Siegern beibringen, daß sie zwar alle Ursache zu einem schlechten Gewissen haben, aber nicht den geringsten Grund, zu fürchten, daß die ungerechte Ostgrenze oder die widerrechtliche Verweigerung der Vereinigung mit Oesterreich uns jemals Kriegsanlaß sein könnten. Es gibt keine politische Wünschbarkeit, und sei sie noch so groß, die einen Krieg moralisch oder auch nur materiell rechtfertigt. Diese fehlende Ueberzeugung bei uns und draußen durchzusetzen, wäre eine politische Aufgabe, die helfen könnte, eine gerechtere Ordnung Europas vorzubereiten.

Polen beginnt mit der Massenausweisung deutscher Optanten

7000 Ausgewiesene in Schneidemühl eingetroffen

Berlin, 1. August.

Von den 20 000 Deutschen, die Polen bis zum 1. August verlassen haben müssen, haben bereits 7000 die Grenze überschritten. Es handelt sich zumeist um Landarbeiter und Handwerker. Die preußische Staatsregierung hat alle Anordnungen getroffen, um ihnen Unterkunftsmöglichkeiten in Schneidemühl zu verschaffen. Ferner ist Anweisung gegeben worden, daß die Optanten möglichst sofort auf die verschiedenen Regierungsbezirke verteilt werden. Eine größere Summe ist als erste finanzielle Nothilfe von der Staatsregierung abgesandt worden. Anfang nächster Woche wird sich der preußische Minister des Innern, Severing, nach Schneidemühl begeben, um die Durchführung der Notstandsarbeiten in Augenschein zu nehmen.

Schneidemühl, 1. August.

Der Zustrom der aus Polen vertriebenen Deutschen, die in Schneidemühl in einem Konzentrationslager gesammelt werden, hat in der Nacht zum Sonnabend seinen Höhepunkt erreicht. In den letzten 24 Stunden wurden mehr als 3000 Flüchtlinge ausgeladen. In der Zeit von 12 Uhr nachts bis 7 Uhr morgens allein 1600. Trotzdem der Massenzuzug der ausgewiesenen Optanten seit langer Zeit feststand, erwiesen sich die Vorbereitungen der Behörden zu ihrer Aufnahme noch als unzureichend. Die Ankommenden werden in Lastautos verladen und in die einstige Flugzeugfabrik Albatros gebracht, wo die riesigen Flugzeughallen als Unterkunftsstätten dienen. Heute und gestern nacht reichten aber auch diese ungeheuren Räume nicht aus und man belegte die Schulen und einige öffentliche Gebäude, wo die Flüchtlinge in der ersten Nacht ohne Stroh und ohne Decken auf dem bloßen Boden schlafen mußten. Zum Teil waren sie auch gezwungen, auf dem Bahnhof in den Güterwagen und den offenen Schuppen die ersten Stunden zu verbringen und in Wind und Regen zu frieren. Aber auch das eigentliche Flüchtlingslager in den Albatroswerken bietet einen kläglichen Anblick. Es sieht darin nicht anders als in einem Gefangenenlager im Kriege aus. Die riesige Halle bietet einen traurigen Anblick. Man hat zwar versucht, durch Leinwandwände die Halle in einzelne Kojen zu teilen, in denen die Familien gesondert untergebracht sind, aber der Raum hat nicht genügt, und jetzt liegen Männer und Frauen auf einer dünnen Strohschicht i.. den offenen Räumen. 20 Kinder wurden in den letzten Tagen in dem Lager geboren.

Die Anhäufung von so vielen Menschen auf einem verhältnismäßig engen Raum, wo keiner einen Stuhl, keiner ein Bett hat, hat trotz aller sanitärer Vorkehrungen auch bereits zu zahlreichen Todesfällen geführt. Einige Deutsche sind in den letzten Tagen an Darm- und Magenerkrankungen gestorben. Bisher sind bereits drei Erkrankungen an Ruhr festgestellt, die aber dank sofortiger Absonderung nicht zu einer Epidemie geführt haben. Unter den Kindern wurden einige Masernerkrankungen festgestellt, die aber gleichfalls harmlos verliefen.

Oberst Engerin, der Lagerkommandant, arbeitet mit nur 22 Hilfskräften Tag und Nacht, um den Flüchtlingen den Aufenthalt im Lager einigermaßen menschlich zu gestalten. Die meisten sind fast vollständig mittellos. Einige Körbe mit Kleidern und Wäsche bilden bei den meisten die einzige Habe, denn sie waren gezwungen, ihre Möbel und ihren Hausrat in Polen zu verkaufen. In Schneidemühl werden die Flüchtlinge so lange untergebracht, bis ihnen Arbeitsstellen nachgewiesen werden können. Sie erhalten Unterkunft und Verpflegung und eine Wegzehrung, die bei Junggesellen 50 Mark, für Familien 200 bis 400 Mark beträgt. Im ganzen sind bis jetzt 4000 Flüchtlinge in Deutschland in Arbeitsstellen untergebracht. Weitere 5000 warten augenblicklich in Schneidemühl auf Arbeitsgelegenheit. Im Laufe des heutigen Tages werden noch einige größere Transporte erwartet. Damit wird dann der Zustrom allmählich abflauen.

Berlin, 1. August.

In Erwiderung auf die Angriffe wegen der unwürdigen Art, mit der die aus Polen vertriebenen Deutschen in Schneidemühl aufgenommen und untergebracht wurden, die zum größten Teil im Freien und im Regen kampieren mußten, wendet sich die preußische zuständige Stelle mit folgender Darstellung: Die durch das Wiener Abkommen bedingte Auswanderung der deutschen Optanten hat schon vor dem ersten vertragsmäßigen Abwanderungstermin des 1. August eingesetzt. Die amtlichen Stellen in Preußen haben seit langem Vorbereitungen getroffen, um den Strom der Optanten nicht nur aufnehmen zu können, sondern ihnen auch möglichst schnell Erwerbsmöglichkeiten zu verschaffen. Schon seit Monaten ist in Schneidemühl eine Uebernahme- und Arbeitsvermittelungsstelle eingerichtet, von der aus die Verteilung auf die einzelnen Regierungsbezirke erfolgt. Das Durchgangslager Schneidemühl, zur vorübergehenden Unterbringung bestimmt, war von langer Hand mit den notwendigen Einrichtungen versehen worden. In diesen Tagen aber ist diese Einrichtung einer ganz besonders starken Inanspruchnahme ausgesetzt gewesen. Die Belegung des Lagers hat durch den andauernden Zustrom Aenderungen erfahren, so daß genaue Ziffern über die Belegung gar nicht zu ermitteln sind. Man glaubt jedoch, daß mit der Zahl 6000, die am 31. Juli erreicht war, der stärkste Andrang überschritten ist. Wächst der Zustrom noch beträchtlich an, so stehen dem Regierungspräsidenten in Schneidemühl ausreichende Mittel zur Verfügung. Auch Räume sind genügend vorhanden. Das Lager ist nur als Durchgangslager gedacht, und es wird besonderer Wert darauf gelegt, daß die Weiterreise so schnell als möglich erfolgt. Aber die endgültige Unterbringung der Optanten ist durch die allgemeine Wohnungsnot und durch die Abneigung mancher Gemeinden, den neuen Zuzug aufzunehmen, behindert. Die Gemeinden sind jedoch durch einen Erlaß des Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß sie die ihnen überwiesenen Optanten auch tatsächlich aufnehmen.

Die ersten Ausgewiesenen

tz. Die ersten Opantenzüge haben die deutsch-polnische Grenze passiert und bis zur Stunde 7000 Deutsche, die in den an Polen abgetretenen Gebieten wohnten und für Deutschland optiert hatten, nach Deutschland gebracht. Und doch ist es erst der Anfang. Denn im ganzen sind es nicht weniger als 25 000 Deutsche, die auf Geheiß des polnischen Nationalismus aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben werden. 20 000 davon bis zum 1. August. Von Stunde zu Stunde also wird die erzwungene Völkerwanderung anschwellen, die an der deutschen Ostgrenze eingesetzt hat. Es ist ein grausames, aus einer mittelalterlichen Denkungsweise entsprungenes Schauspiel, das sich da vor unseren Augen abspielt. Denn der Unterschied, ob man Angehörige mißliebiger Religionsgesellschaften von ihrer Scholle vertreibt oder Angehörige eines Nachbarstaates in Massen über die Grenze des eigenen Staates gewaltsam abführt, ist nicht sehr groß, es sei denn, daß man die gegenwärtigen Maßnahmen Polens als das verwerflichere ansehen will. Denn zwischen damals und heute liegt die Geburt der Toleranz, die in den Geschichtsbüchern so sehr als Großtat einer neuzeitlichen Denkungsweise gepriesen wird.

Aber Polen wäscht seine Hände in Unschuld. Nicht nur, daß er darauf verweisen kann, daß seine Bevölkerung von der westlichen Kultur noch weit entfernt ist, den begrifflichen Inhalt des Toleranzgedankens also noch nicht in sich aufgenommen hat, die eigentlichen Schuldigen sitzen mitten in der westlichen Kultur, es sind die hochgelehrten Richter des Haager Schiedsgerichtshofes. Sie sind es, die entschieden haben, daß der Staat im Recht sei, der die Bewohner, die die Staatsbürgerschaft ihrer alten Heimat beibehalten wollen, Landes verweist. Damit haben sie nicht nur einen an die Barbarei wilder und halbwilder Völker erinnernden Machtspruch über die Deutschen in Polen gesprochen, damit haben sie den Gedanken von Recht und Billigkeit auf ein das Niveau noch nicht zivilisierter Staaten herabgedrückt und vor allem über ihre eigene Kultur ein vernichtendes Urteil gefällt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob und inwieweit der Haager Schiedsgerichtshof durch seinen Spruch den Bestrebungen geschadet hat, die von Deutschland ihren Ausgang nahmen und in dem Abschluß internationaler Verträge gipfeln, auf endlich dem geplagten Europa den so heiß ersehnten und immer noch nicht erreichten Frieden zu bringen. Sicher ist, daß das Ansehen Haags durch sein Optanten-Urteil sehr gelitten hat. Denn wenn die Stelle, die die Hochburg des Völkerfriedens sein soll, einen Schiedsspruch fällt, der nur dadurch erklärt werden kann, daß in den Richtern der Haß der Kriegszeit nachwirkt, welches Vertrauen soll der Deutsche, soll die Welt dieser Institution noch entgegenbringen. Als die Balkanstaaten die Angehörigen anderer Balkanstaaten gegenseitig über die Grenzen trieben, als die Türken die Griechen zwangen, Kleinasien zu verlassen, da sprach man in Europa davon, daß solches eben nur auf dem Balkan möglich sei. Das Haager Schiedsgericht allein fühlt sich berufen, diese balkanischen Methoden als für das übrige Europa nachahmenswert auch bei uns einzuführen.

Es ist nicht Deutschlands Pflicht, anderen Völkern Kultur beizubringen. Polen mag formell im Recht sein, da es sich auf den Haager Schiedsspruch stützen kann, materiell fordert sein Vorgehen zu Gegenmaßnahmen heraus. Es ist ein alter Rechtsspruch: „vim vi repellere licet". (Gewalt kann durch Gewalt zurückgewiesen werden.) Auf dieses Recht staatlicher Notwehr kann sich Deutschland berufen, wenn es bei der Wahl seiner Gegenmaßnahmen auf Mittel verfällt, die dem kulturellen Hochstande des deutschen Volkes eigentlich zuwider sind. Es ist nicht mehr, denn bittere Notwendigkeit, wenn nunmehr auch die polnischen Optanten in Deutschland über die deutsch-polnische Grenze abgeschifft werden, und es ist Pflicht, dem polnischen Staate durch einen verschärft geführten Handelskrieg und andere Repressalien die Unrechtmäßigkeit seines Vorgehens vor Augen zu führen. Aber noch mehr ist es Pflicht, alles zu tun, was die Not unserer aus Polen vertriebener Brüder lindern kann.

Schutzpolizei im Reichstag

Berlin, 1. August.

Als heute im Reichstag Vizepräsident Gräf mitteilte, daß der Aeltestenrat für bestimmte Vorlagen eine Einschränkung der Redezeit angeordnet habe, protestierten die Kommunisten sehr heftig und verlangten, daß darüber noch einmal verhandelt werde. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Daraufhin steigerte sich der Lärm der Kommunisten so sehr, daß der Vizepräsident die Sitzung unterbrechen mußte. Nach Wiedereröffnung der Sitzung beschimpften die Kommunisten die Mehrheit des Hauses und den Vizepräsidenten unaufhörlich, so daß die Sitzung abermals unterbrochen werden mußte. Die Abgeordneten Jadasch und Höllein wurden auf 20 Tage ausgeschlossen, und da sie sich weigerten, sich zu entfernen, durch ein Aufgebot von 14 Polizeibeamten zum Verlassen des Saales gezwungen.

(Sitzungsbericht siehe Seite 2.)

Warnung aus dem Zentrum

Berlin, 1. August.

Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts" haben Arbeitnehmer- und Verbraucher-Abgeordnete des Zentrums an den Fraktionsvorstand ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, daß sie unmöglich dem Zollkompromiß in seiner jetzigen Gestalt zustimmen könnten. Sie könnten ihre Zustimmung nur dann in Erwägung ziehen, wenn die Umsatzsteuer für Lebensmittel beseitigt würde.

SLUB
Wir führen Wissen.